



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2015

**Grounds different from, though equally solid with – Wirtschaftliche und
gesellschaftliche Freiheit in On Liberty**

Schefczyk, Michael

DOI: <https://doi.org/10.1515/9783050094731-007>

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-117483>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Schefczyk, Michael (2015). Grounds different from, though equally solid with – Wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit in On Liberty. In: Schefczyk, Michael; Schramme, Thomas. John Stuart Mill: Über die Freiheit. Berlin: De Gruyter, 115-136.

DOI: <https://doi.org/10.1515/9783050094731-007>

Michael Schefczyk

7 „Grounds different from, though equally solid with“ – Wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit in *On Liberty*

Bereits in den ersten Sätzen der Freiheitsschrift gibt Mill bekannt, dass *Über die Freiheit* der Erläuterung und Verteidigung des Gedankens bürgerlicher oder sozialer Freiheit (AW III.1, S. 306; CW XVIII, S. 217) gewidmet ist.¹

Doch erst im fünften und letzten Kapitel spricht er die Frage an, wie sich gesellschaftliche und wirtschaftliche Freiheit zueinander verhalten. Dort heißt es zunächst, dass Handel „ein gesellschaftlicher Akt“ (AW III.1, S. 416; CW XVIII, S. 293), eine soziale Interaktion sei; er fällt somit in den Bereich, in den Staat und Gesellschaft unter bestimmten Bedingungen eingreifen dürfen. Doch merkt Mill an, dass sich nach langen Auseinandersetzungen die Ansicht durchgesetzt habe, für Qualität und Preisgünstigkeit von Gütern sei am besten gesorgt, wenn deren Herstellung und Verkauf völlig frei geschehe und allein durch den Wettbewerb um Nachfrage kontrolliert werde. Es folgt der Satz: „Das ist die sogenannte Freihandelslehre, die auf anderen, aber ebenso belastbaren Gründen beruht wie das Prinzip individueller Freiheit, das in dieser Abhandlung verfochten wird.“² (AW III.1, S. 416) Wenig später im Text hält Mill fest: „So wie das Prinzip der individuellen Freiheit nicht in der Freihandelslehre enthalten ist, so wenig hat es auch mit den meisten Fragen zu tun, die sich in Bezug auf die Grenzen dieser Lehre stellen, wie zum Beispiel, welches Ausmaß öffentlicher Kontrolle zulässig ist, um den Betrug durch Produktfälschung zu vermeiden, inwieweit die Arbeitgeber zu hygienischen Vorsorgemaßnahmen oder zu Maßnahmen zum Schutz von Arbeitern, die gefährlichen Berufen nachgehen, verpflichtet werden sollen.“ (AW III.1, S. 417; CW XVIII, S. 293)

Das zentrale exegetische Problem besteht darin, dass Mill schreibt, die Freihandelslehre beruhe weder auf dem Prinzip individueller Freiheit, noch werde

1 Für kritische Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge danke ich Angela Marciniak sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer Konferenz zur Freiheitsschrift an der Leuphana Universität Lüneburg und eines Workshops zu Mill am Lehrstuhl für Praktische Philosophie der Universität Köln.

2 Im Original heißt es: „This is the so-called doctrine of Free Trade, which rests on *grounds different from, though equally solid with*, the principle of individual liberty asserted in this Essay.“ (CW XVIII, S. 293; Hervorhebung MS)

sie durch dieses eingeschränkt.³ Dies erweckt den Anschein, als gebe es nach Mill zwei *miteinander harmonisierende, aber in Gehalt und Begründung unabhängige* liberale Theorien: Auf der einen Seite eine Theorie des Wirtschaftsliberalismus, die auf Gründe gestützt ist, die Mill in *Über die Freiheit* nicht weiter spezifiziert, auf der anderen Seite einen gesellschaftlichen Liberalismus, der auf dem Freiheitsprinzip fußt. Man könnte dies als die These vom *Zwei-Kammern-Liberalismus* bezeichnen – und die in Gehalt und Begründung weitgehend im Dunkeln bleibende wirtschaftsliberale Theorie als *Theorie X*. Eine solche Interpretationsweise entspräche in manchen Hinsichten weltanschaulichen Tendenzen unserer Tage. Während das Prinzip gesellschaftlicher Freiheit kaum je offen kritisiert wird, gilt der ökonomische „Neoliberalismus“ in Europa zunehmend als eine durch schlechte Erfahrungen desavouierte Theorie.⁴ Die These vom Zwei-Kammern-Liberalismus würde erlauben zu sagen: Worin immer sie bestehen mag – Mills *Theorie X* muss (wie wir aufgrund unserer Erfahrungen mit Deregulierung und Privatisierung wissen) fehlerhaft sein; seine Rechtfertigung gesellschaftlicher Freiheit hat dagegen in Grundzügen Bestand.

Demgegenüber möchte ich im Laufe der folgenden Ausführungen verdeutlichen, dass Mill keinen Zwei-Kammern-Liberalismus vertritt. Die *Theorie X* lässt sich unter Rückgriff auf Mills *Prinzipien der Politischen Ökonomie* bestimmen, und dabei zeigt sich, dass Begründung und Gehalt des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Liberalismus bei Mill nicht nur kompatibel, sondern über weite Strecken sogar kongruent sind.

³ Mill stellt nicht klar, ob er mit dem „Prinzip individueller Freiheit“ (*Prinzip*) meint, (a) dass das Individuum der Gesellschaft für rein selbstbezügliche Handlungen keine Rechenschaft schulde, oder (b) die beiden Grundsätze (*maxims*) (AW III.1, S. 415; CW XVIII, S. 292) meint, die zusammengenommen das „sehr einfache Prinzip“ (AW III.1, S. 315; CW XVIII, S. 223) bilden, das sein Essay verteidigt. Aus dem Kontext scheint mir aber eindeutig hervorzugehen, dass das *Prinzip* letzteres bezeichnet.

⁴ Als Neoliberalismus bezeichne ich eine politische Agenda, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist: (1) Ablehnung expliziter verteilungspolitischer (egalitärer) Zielsetzungen; (2) Ablehnung einer hohen Staats- und Abgabenquote; (3) Befürwortung möglichst weitgehender Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft. Zu den Vordenkern des Neoliberalismus zählen Friedrich Hayek (1960/1978) und Milton Friedman (1962/1982), deren Ideen vor allem über die *Mont Pèlerin Society* und das *Institute of Economic Affairs* politisch wirksam geworden sind (siehe hierzu Cockett 1994, S. 100 ff.). Zum Reputationsverlust des Neoliberalismus siehe: Habermas 2008, Streeck 2013.

7.1 Was versteht Mill in *Über die Freiheit* unter „Freihandelslehre“?

Von der „Freihandelslehre“ (*Lehre*) lässt sich in einem engen und einem weiten Verständnis sprechen. Im engen Verständnis besagt die *Lehre*, dass der internationale Warentausch nicht durch Zölle und andere Hemmnisse von staatlicher Seite beschränkt werden sollte. Die theoretische Begründung für die Vorteilhaftigkeit freien internationalen Handels für alle Beteiligten geht auf das siebte Kapitel von David Ricardos *Principles of Political Economy and Taxation* (1817) zurück und gehört zu den politisch nachhaltig wirksamen Analysen der Klassischen Politischen Ökonomie. Freier Handel führe dazu, dass jedes Land seine Faktoren Kapital und Arbeit in jenen Wirtschaftszweigen einsetze, in denen es relativ kostengünstig produzieren könne: Wein in Portugal und Frankreich, Getreide in den USA und Polen, Gerätschaften in England (Ricardo 1817/1951, S. 133, S. 134). Als der achtzehnjährige Mill 1824 mit einem kraftvollen Essay im *Westminster Review* zur Debatte um die Abschaffung der Getreidezollgesetze beitrug, meinte er bereits davon ausgehen zu können, dass es nicht mehr nötig sei, einen Nachweis für die positiven Auswirkungen des Freihandels im Allgemeinen zu führen (Mill 1825/1967, S. 47–48). Dass es im Interesse der Nation sei, Güter dort günstiger zu kaufen, wo sie mit geringeren Kosten herzustellen seien, erklärt der jugendliche Mill für „self-evident“ (Mill 1825/1967, S. 47–48). In den *Prinzipien* fügt er neben diesem „direkten Vorteil“ des Freihandels weitere indirekte hinzu: Freihandel bringt ein differenzierteres System der internationalen Arbeitsteilung hervor, damit aber ein höheres Innovationstempo und schnellere Verbreitung von Technologien weltweit (CW III, S. 593). Der Handel mit wirtschaftlich avancierten Nationen kann weniger entwickelten Ländern Fortschrittsimpulse geben (CW III, S. 593–594). Die Intensivierung des Welthandels fördert das Lernen von anderen Kulturen und verwandelt die Einstellung gegenüber anderen Staaten: Weil jedes Land vom Freihandel profitiert, profitiert auch jedes Land vom Wohlergehen aller anderen Länder – über die Gemeinschaft der Interessen vermag sich möglicherweise so etwas wie eine kosmopolitische Solidarität zwischen den Mitgliedern der Weltbevölkerung entwickeln (CW III, S. 594).

Wenn Mill in *Über die Freiheit* von der *Lehre* spricht, versteht er sie jedoch in einem weiteren Sinne als in dem üblichen und gerade beschriebenen. Sie betrifft in diesem Verständnis nicht nur den internationalen Handel, sondern Handelsbeschränkungen und Regulierungen der Produktion für Handelszwecke überhaupt:

„Mittlerweile ist [...] anerkannt worden, wenngleich erst nach einem langem Kampf, dass beides, die Wohlfeilheit und die gute Qualität von Waren, am ehesten garantiert werden kann, wenn den Produzenten und Verkäufern vollkommen freie Hand gelassen wird, mit

dem einzigen Vorbehalt, dass die Käufer gleichermaßen frei sind, sich selbst anderswo zu versorgen. *Das ist die sogenannte Freihandelslehre [...]*“ (AW III.1, S. 416; CW XVIII, S. 293, Hervorhebung MS)

Die Freihandelslehre im weiten Sinne besagt, dass für angemessene Güterpreise und -qualität am besten gesorgt ist, wenn in Produktion und Handel echter Wettbewerb herrscht und die Nachfragenden ihren Präferenzen entsprechend zwischen verschiedenen Angeboten wählen können. Ob Produkte aufgrund ihrer Eigenschaften oder ihrer Herstellungsweise fragwürdig sind oder ob ihr Preis zu hoch ist, sollen nicht hoheitliche Stellen bestimmen. Solche Urteile sind vielmehr Gegenstand der „souveränen Entscheidungen der Konsumierenden“, die über ihre Nachfrage Billigung oder Missbilligung von Preisen, Produkten und Produktionsprozessen zum Ausdruck bringen. Formelhaft gesprochen: Die *Lehre* im weiten Verständnis postuliert, dass die Kontrolle der unternehmerischen Entscheidungen in Handel und Produktion allein über die Konsum-Nachfrage stattfinden soll.

7.2 Lehre, Nichteinmischungs-Präsumtion und Kompetenzbegründung

Was Mill in *Über die Freiheit* „Freihandelslehre“ nennt, stellt einen Anwendungsfall des Laissez-Faire- oder Nichteinmischungs-Prinzips (*Non-Interference Principle*) dar, das er recht ausführlich in den *Prinzipien der Politischen Ökonomie* erörtert. Dort argumentiert er zugunsten einer möglichst weitgehenden Einschränkung der Eingriffsbefugnis staatlicher Stellen in die Angelegenheiten der Gemeinschaft (CW III, S. 944) und scheint sich damit in völligem Einklang mit der Laissez-Faire-Haltung seiner Zeitgenossen zu befinden. Bei näherer Betrachtung zeigen sich aber in Gehalt und Begründung tiefe Differenzen zwischen Mill und dem Liberalismus seiner Zeit.

Zwar teilt er die anti-interventionistische Grundhaltung seiner Landsleute, jedoch ist für ihn Laissez-Faire lediglich eine allgemeine Regel, von der Abweichung erlaubt oder sogar geboten sein kann (CW III, S. 944). Die so genannte „*laissez-faire school*“, die staatliches Handeln – ähnlich wie im zwanzigsten Jahrhundert Robert Nozicks *Anarchy, State, and Utopia* (1974/1999) – auf den Schutz der Person und des Eigentums vor Gewalt und Betrug einschränken möchte, beurteilt Mill als eine unhaltbare Extremposition. Mill sieht die Staatskepsis seiner Zeit nicht als Ausdruck einer theoretisch ausformulierten politischen Weltanschauung, sondern als Resultat schlechter Erfahrungen. Zum einen habe das

Land unter Regierungen gelitten, deren Machtgebrauch nicht am Gemeinwohl orientiert war; zum anderen seien ungeduldige Reformer nicht bereit gewesen, auf die Veränderung von Haltungen in der Gesellschaft zu warten, sondern hätten versucht, Fortschritt(e) unter Rückgriff auf die staatlichen Machtmittel gleichsam tyrannisch zu erzwingen. Mill führt diesen Punkt in den *Prinzipien* nicht weiter aus, merkt aber zumindest an, dass bestimmte Ziele nur über gesellschaftliche Debatten und daraus resultierende Einstellungsveränderungen erreicht werden könnten und nicht über staatlichen Zwang. Neben politischen Akteuren, die – mit Bentham gesprochen – „sinister interests“ verfolgen (siehe hierzu Schofield 2006, S. 109 ff.), zieht Mill also auch „sincere lovers of improvement“ und „impatient reformers“ (CW III, S. 799) als Gründe der vor allem in England zu beobachtenden Staatsskepsis in Betracht.

Obwohl Mill (wie für einen Empiristen nicht anders zu erwarten) die epistemische Autorität schlechter Erfahrungen anerkennt, hält er die radikalen Schlüsse, die von vielen seiner Zeitgenossen daraus gezogen werden, für unangebracht. Insbesondere wäre es grundfalsch, Mill als Vertreter einer radikalen Ideologie der Minimalstaatlichkeit einzuordnen. Freilich, so merkt er an, werde eine solche Extremposition auch durch niemanden ernsthaft vertreten, weil sie einige Funktionen ausschliesse, die allgemein als unabdingbare Regierungsaufgaben angesehen würden (CW III, S. 936). Zu solchen *notwendigen Staatsfunktionen* zählt Mill all jene Aufgaben, die entweder im Begriff des Staates liegen oder die üblicher- und unstrittiger Weise von Regierungen übernommen werden. Zu den notwendigen Funktionen rechnet er die Definition von Eigentums- und Nutzungsrechten an privaten und gemeinschaftlichen Gütern (CW III, S. 801), die Verhinderung von Gewalt, Verrat und Betrug, die Durchsetzung von Verträgen, die gesetzliche Festlegung der Menge staatlich durchsetzbarer Vertragsformen (loc cit.), den Erlass von Formvorschriften für Verträge (CW III, S. 803), die Etablierung einer Gerichtsbarkeit und die Sorge um Unmündige (CW III, S. 803). Hinzu kommen die Produktion von Geld und die Festlegung von standardisierten Maßen, der Aufbau und die Aufrechterhaltung einer Straßen-Infrastruktur, der Bau von Häfen, Dämmen und Leuchttürmen sowie die Erhebung von Daten zur Produktion von ordentlichen Karten und Darstellungen: „Examples might be indefinitely multiplied without intruding on any disputed ground.“ (CW III, S. 803) Für den Umfang notwendiger Staatstätigkeit gibt es keinen „ring-fence of any restrictive definition“ (CW III, S. 304); die Gemeinsamkeit der notwendigen Staatsaufgaben besteht allein darin, dass sie durch Nutzenerwägungen zu rechtfertigen sind (CW III, S. 803–804). Von den notwendigen unterscheidet Mill die *optionalen Staatsfunktionen*. Mit „optional“ ist nicht gemeint, dass es im Belieben des Staates stehe, sich der entsprechenden Aufgaben anzunehmen oder nicht. Vielmehr bedarf es auch hier einer Nutzenbegründung – anders als bei den not-

wendigen Staatsaufgaben ist aber die Erforderlichkeit einer staatlichen Aufgabenerfüllung „a subject on which diversity of opinion does or may exist.“ (CW III, S. 800).

Mit anderen Worten, *optional* sind staatliche Aufgabenübernahmen, hinsichtlich derer grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten herrschen; *notwendige Staatsaufgaben* sind solche, bei denen kein vernünftiger Zweifel an der Nützlichkeit der staatlichen Regelungskompetenz besteht.

Das Nichteingriffs-Prinzip versteht Mill entsprechend als eine Präsumption, durch die Begründungslasten beim Nachdenken über optionale Staatsaufgaben verteilt werden. Es legt die Begründungslast auf die Schultern derjenigen, die für eine staatliche Aufgabenübernahme eintreten (CW III, S. 944). Seine Theorie der Staatsaufgaben lässt sich daher als *deliberativer Beweislast-Liberalismus* bezeichnen. Im Lichte des Beweislast-Liberalismus besagt die *Lehre*: Die Kontrolle der unternehmerischen Entscheidungen in Handel und Produktion soll allein über die Konsum-Nachfrage stattfinden, es sei denn, dass Nutzenüberlegungen für eine staatliche Regelung sprechen: Diejenigen, die für staatliche Eingriffe plädieren, haben starke Gründe dafür vorzulegen, inwiefern zu erwarten ist, dass dies zu wünschenswerteren Ergebnissen führt als ein Nichteingreifen.

Ein zentrales Argument für die Nichteingriffs-Präsumption könnte man die *Kompetenzbegründung* nennen. So schreibt Mill in den *Prinzipien*: „(P)eople understand their own business and their own interests better, and care for them more, than the government does, or can be expected to do.“ (CW III, S. 942) In *Über die Freiheit* greift er diese Begründung auf, wenn es heißt: „Allgemein gesprochen gibt es niemanden, der so geeignet wäre, irgendein Geschäft zu leiten oder zu entscheiden, wie und von wem es geleitet werden soll, als diejenigen, die ein persönliches Interesse daran haben. Dieses Prinzip verurteilt alle die früher so üblichen Einmischungen der Gesetzgebung oder der Regierungsbeamten in die alltäglichen gewerblichen Vorgänge.“ (AW III.1, S. 433–434; CW XVIII, S. 305) Entgegen der anfänglichen Auskunft der Freiheitsschrift (AW III.1, S. 416; CW XVIII, S. 293), dass sich die Gründe für das Prinzip individueller Freiheit und für die Freihandelslehre unterscheiden, macht Mill im weiteren Verlauf des fünften Kapitels die Kompetenzbegründung sowohl für das *Prinzip* als auch für die *Lehre* geltend.

Wenn die Individuen ihre eigenen Interessen und Angelegenheiten besser verstehen als andere und zudem stärker motiviert sind, sich um sie zu kümmern, so werden sie in ihrer Rolle als Konsumenten in einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung effektivere Kontrolle über Handel und Produktion hinsichtlich Preis und Qualität von Gütern ausüben als Regierungen. Für Entscheidungen außerhalb der Sphäre wirtschaftlicher Transaktionen gilt Entsprechendes.

Mill unterstreicht aber im Sinne seines deliberativen Beweislast-Liberalismus, dass die Kompetenzbegründung die *Lehre* lediglich im Sinne einer allgemeinen Regel stützt. Sind Nachfrager nicht in der Lage, Preis und Qualität von Gütern angemessen zu beurteilen, so kann staatliches Eingreifen gefordert sein, um deren Interessen zu schützen (CW III, S. 947ff.).

Was die Freihandelslehre im engen Sinne betrifft, so ergänzt Mill die Kompetenzbegründung durch Analysen der Schädlichkeit von Schutzzöllen zugunsten der einheimischen Produzenten und von anderen Einschränkungen des freien internationalen Handels. Als weitere Beispiele schädlicher staatlicher Einmischungen nennt er in den *Prinzipien* die Gewährung von Monopolmacht – wobei er temporäre Monopole in Form von Patenten ausdrücklich ausnimmt (CW III, S. 928–929) –, sowie Preiskontrollen oder Gesetze gegen vermeintlichen Zinswucher (CW III, S. 922–926). In allen genannten Fällen kann nach Mill gezeigt werden, dass der angestrebte Interventions-Zweck nicht erreicht wird – und insofern gilt, was er in *Über die Freiheit* sagt: Abweichungen vom Freihandel „sind nur deshalb nicht richtig, weil sie nicht wirklich die Ergebnisse hervorbringen, die gewünscht werden.“ (AW III.1, S. 417; CW XVIII, S. 293). Mit anderen Worten, die *Lehre* beruht einerseits auf der Kompetenzannahme, andererseits auf Argumenten, denen gemäß Versuche, im Interesse der Konsumierenden für günstige Preise und gute Produkte auf dem Wege autoritativer Eingriffe in den Marktprozess zu sorgen, nicht die erhofften Wirkungen zeitigen.

7.3 Nichteingriffs-Präsumtion und deliberativer Beweislast-Liberalismus

Für das Verständnis des Beweislast-Liberalismus ist nun wichtig, dass Mill zwischen zwei Interventionsformen differenziert, namentlich autoritativen (Gehorsam fordernden) und nicht-autoritativen Eingriffen („authoritative“ und „unauthoritative interventions“ (CW III, S. 936 ff.)), die mit unterschiedlichen Begründungsanforderungen verbunden sind. Autoritative Eingriffe sind solche, bei denen der Staat sanktionsbewehrte Vorschriften oder Verbote erlässt; im Fall von nicht-autoritativen Eingriffen macht der Staat hingegen keinen direkten Gebrauch von seiner Zwangsgewalt, sondern beeinflusst das Handeln der Bevölkerung durch die Verbreitung von Ratschlägen und Informationen oder durch die Gründung von Einrichtungen, von deren Leistungen die Bevölkerung aus freien Stücken Gebrauch machen kann.

Mill betont, dass autoritative Formen staatlichen Eingreifens über stärkere Rechtfertigungsgründe verfügen müssen als nicht-autoritative. In den *Prinzipien*

spricht er von „absoluter Notwendigkeit (CW III, S. 938) und der „Bürde starker Gründe“ (CW III, S. 944), die erforderlich seien, um autoritative Einschränkungen der individuellen Freiheit zu rechtfertigen. In vollständiger Übereinstimmung mit den Ausführungen in *Über die Freiheit* postulieren die *Prinzipien*, dass autoritative Eingriffe in die persönliche Sphäre in jedem denkbaren Falle illegitim seien. Hier stößt die Nutzung der autoritativen Staatsmacht auf ein absolutes Interventionsverbot. Den absolut geschützten Bereich des Individuums umschreibt Mill dabei in beiden Schriften fast deckungsgleich: „Rechenschaft schuldet jemand der Gesellschaft nur für Handlungen, die andere betreffen. In dem, was nur ihn angeht, ist seine Unabhängigkeit, mit völligem Recht, absolut. Über sich selbst, über seinen Körper und Geist, ist der Einzelne der Souverän.“ (AW III.1, S. 316; CW XVIII, S. 224; vergleiche CW III, S. 938) Sowohl in den *Prinzipien* als auch in *Über die Freiheit* geht er jedoch davon aus, dass nicht-autoritative Eingriffe in die persönliche Sphäre auf dem Wege des Überredens oder Überzeugens legitim sein können (siehe AW III.1, S. 316; CW XVIII, S. 224).

Mill macht also auch in den *Prinzipien* von dem Gedanken rein selbstbezoglicher Handlungen Gebrauch und erklärt, wie in *Über die Freiheit*, dass Staat und Gesellschaft kein Recht haben, diese Handlungen zu verbieten oder vorzuschreiben. Doch ist – wie gesagt – auch für Handlungen, die sich auf die Interessen Anderer auswirken, der Interventionsrahmen eng gesteckt. Zum einen sind die autoritativen Eingriffsbefugnisse nach Mill auf Fälle „absoluter Notwendigkeit“ beschränkt – damit dürfte einerseits gemeint sein, dass (a) der Eingriff der Abwehr einer Schädigung anderer oder der Bereitstellung eines öffentlichen Gutes dient und (b) beides *nur* durch einen solchen Eingriff zu bewerkstelligen ist; andererseits reicht es nicht aus, solche Notwendigkeit zu behaupten. Vielmehr müssen die Befürworter autoritativer Eingriffe – wie gesagt – den *Nachweis* führen, dass nur auf diesem Wege die Schädigung anderer abzuwenden oder das allseitig gewünschte Gut zu erlangen ist.

Man hat Mill immer wieder vorgehalten, dass es kaum Handlungen gebe, die nicht auch andere betreffen (siehe etwa: Hayek 1960/1978, 145). Wende man Mills Kriterium an, so gerate die Sphäre, innerhalb derer die Individuen souverän über ihr Leben verfügen könnten, sicherlich entschieden kleiner, als dies seinen Vorstellungen entsprochen hätte. Zudem fragt sich, ob das *Prinzip* nicht die Regulierung fast jeden Handelns legitimieren könnte. Wenn nahezu alle Handlungen Wirkungen auf andere haben – und unter diesen wiederum unabsehbar viele die Interessen anderer Personen in je unterschiedlicher Form verletzen – so scheint aus dem Prinzip eine beinahe unbegrenzte Interventionsbefugnis zu folgen. Diese Schwierigkeit lässt sich durch zwei Hinweise abmildern. Zum einen verlangt Mill von Schädigungen, dass sie jemandes „Interessen“ berühren (AW III.1, S. 415; CW XVIII, S. 292); den Begriff des Interesses wiederum präzisiert er als *äußere*

Güter und Relationen, die Bedingungen des Wohlergehens einer Person sind.⁵ Bloßes Missfallen über die Erscheinung, die Ansichten oder Lebensweise anderer fällt insofern nicht unter den Begriff der Schädigung. Sind Interessen betroffen, so ist nach Mill zu prüfen, ob deren Schutz durch die moralische Gemeinschaft oder das Rechtssystem angebracht ist. Dies ist dann der Fall, wenn solcher Schutz der Allgemeinheit dient (AW III.1, S. 415–416; CW XVIII, S. 292–293). Gegen Ende des ersten Kapitels von *Über die Freiheit* nennt Mill einen Katalog von grundlegenden Rechten, der sich in die geistigen Freiheiten, die Lebensführungsfreiheiten und die Vereinigungsfreiheiten unterteilen lässt (AW III.1, S. 319; CW XVIII, S. 225–226). Diese Freiheitsrechte ermöglichen die autonome Bildung von Erwartungen und Plänen hinsichtlich des eigenen Lebens, deren Absicherung – um Mills markante Formulierung aus *Utilitarismus* aufzugreifen – jene „besonders wichtige() und bemerkenswerte() Art von Nützlichkeit“ (AW III.1, S. 505; CW X, S. 250–251) darstellt, die lexikographischen Vorrang vor weniger wichtigen und beeindruckenden Nutzenformen genießt. Die hochrangigen Interessen der Individuen werden darüber hinaus auch durch gesetzliche Rechte geschützt, deren Beständigkeit ihnen die Planung ihres Lebens erlaubt. Schädigungen bestehen somit in der ungerechtfertigten Verletzung oder Einschränkung der grundlegenden moralischen sowie der gesetzlichen Rechte eines Individuums. So hat der unterlegene Wettbewerber zwar unter Umständen ein schweres Schicksal, doch argumentiert Mill, dass er sich nicht auf die Schädigungsmaxime berufen könne, da der erfolgreiche Wettbewerber keines seiner moralischen Rechte verletze, sofern er sich an die Regeln gehalten und weder Betrug oder Zwang eingesetzt habe (AW III.1, S. 416; CW XVIII, S. 293).

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Bild: Mill bestimmt Schädigungen (im Sinne der Schädigungsmaxime) als Verletzungen individueller Rechte der Person und ihrer Freiheit. Daraus ergibt sich, dass staatliche Regulierungen nur dann legitim sind, wenn sie dem Schutz dieser Rechte dienen. Weil die Schädigungsmaxime als allgemeines Prinzip gedacht ist, muss sie auch für Einschränkungen der wirtschaftlichen Dispositionsfreiheit gelten.

Darauf aufbauend lassen sich durch folgende *drei Beweislastprinzipien* Art und Gewicht der Nutzenerwägungen genauer bestimmen, die Abweichungen von der Nichteingriffs-Präsumtion rechtfertigen: 1. Der behauptete Netto-Eingriffsnutzen muss hochrangig sein. Dies ist dann der Fall, wenn durch die Intervention individuelle Rechte geschützt werden oder wenn allgemein gewünschte öffentliche Leistungen nur auf dem Wege des staatlichen Eingreifens zu erlangen sind. (*Prinzip der Hochrangigkeit*) 2. Der Eingriff muss notwendig sein in dem Sinne,

5 Siehe hierzu den Beitrag von Riley in diesem Band.

dass der gewünschte Nutzen weder (a) durch ein nicht-autoritatives Staatshandeln noch (b) durch einen weniger intensiven autoritativen Eingriff in die Sphäre sozialer Selbstorganisation erreicht werden kann (*Prinzip der geringsten Eingriffs-Intensität*).⁶

3. Die Nutzenerwägungen müssen einen hohen Sicherheitsgrad aufweisen. Der Netto-Eingriffsnutzen – der sich aus der Verrechnung von Kosten (einschließlich Opportunitätskosten) und Nutzen ergibt – muss durch solide wissenschaftliche Gründe plausibel gemacht werden. Ein bloß behaupteter oder möglicherweise eintretender Netto-Regulierungsnutzen reicht nicht aus. (*Prinzip des erwiesenen Netto-Nutzens*).

Für die Abschätzung des Netto-Regulierungsnutzens ist nach Mill auch zu bedenken, welche Effekte die staatliche Verantwortungsübernahme auf die Haltungen in der Bevölkerung haben. Er knüpft hier an Motive aus von Humboldts *Ideen, zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen* (1792) und Tocquevilles *De La Démocratie En Amérique* (1835) an, die beide tiefen Eindruck auf ihn gemacht haben. Eine freie Gesellschaft ist eine Gesellschaft von freien Menschen.

Je mehr Verantwortung und Befugnisse der Staat an sich ziehe, desto mehr wachse die Gefahr, dass die Individuen die Fähigkeit verlören, für sich zu sorgen. Auf längere Sicht sei zu befürchten, dass die schöpferischen Kräfte eines Landes insgesamt erlahmen und die Bevölkerung für die Lösung aller Probleme den Staat herbeirufe (CW III, S. 943).

Als letzten Punkt, den es bei der Abschätzung des Netto-Regulierungsnutzens zu bedenken gilt, sei der Machtzuwachs des Staates genannt. Mill warnt in *Über die Freiheit* nachdrücklich vor einer Situation, in der alle Bereiche des öffentlichen Lebens in staatlicher Hand seien. Wenn der Staat Kontrolle über alle Ämter und Positionen ausübe, dann würde auch die freieste Verfassung und Presse nichts daran ändern, dass die Gesellschaft nur dem Namen nach frei sei (AW III.1, S. 435ff.; CW XVIII, S. 306ff.).

Mit diesem Zwischenergebnis können wir nun die weiteren Fragen in Angriff zu nehmen: Wie stehen *Lehre* und *Prinzip* zueinander? Was meint Mill damit, dass die Gründe für die *Lehre* und für das *Prinzip* von vergleichbarer Stärke seien? Und

⁶ Die Intensität eines autoritativen Eingriffs lässt sich beispielsweise daran bemessen, in welchem Grade versucht wird, den Zugang zu einem Gut für die Konsumierenden zu erschweren und damit kostspielig zu machen: „Jede Preissteigerung ist ein Verbot für diejenigen, deren Mittel für den erhöhten Preis nicht ausreichen; und für diejenigen, deren Mittel ausreichen, ist es eine Geldstrafe, die ihnen für die Befriedigung eines besonderen Geschmacks auferlegt wird.“ (AW III.1, S. 423; CW XVIII, S. 298)

wie stellt sich das Verhältnis von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Freiheit, von politischem und wirtschaftlichem Liberalismus insgesamt bei Mill dar?

7.4 Verhältnis von *Lehre* und *Prinzip*

Mill schreibt in *Über die Freiheit*, dass die *Lehre* weder auf dem Prinzip individueller Freiheit beruhe, noch durch dieses eingeschränkt werde (AW III.1, S. 416; CW XVIII, S. 293). In Abschnitt 2 hatte ich erwähnt, dass der Freihandelslehre zufolge Interventionen falsch seien, weil sie in der Regel nicht die Ergebnisse zeitigten, die sie zeitigen sollten, namentlich für gute Qualität und günstige Preise von Gütern zu sorgen. Dass die entsprechenden Analysen und Argumente nicht auf das Freiheitsprinzip gestützt sind, ist vermutlich der Grund dafür, dass Mill bemerkt, die *Lehre* beruhe auf anderen Gründen als das *Prinzip*. Doch hat sich auch gezeigt, dass das zentrale positive Argument für den Freihandel im weiten Sinne – die Kompetenzbegründung – auch die Nichteingriffs-Präsumtion außerhalb der Sphäre wirtschaftlicher Transaktionen argumentativ stützt.

Zudem nennt Mill in *Über die Freiheit* als Beispiele für staatliche Regelungen Maßnahmen wie die Verhinderung von Betrug und Produktfälschung sowie Hygiene- und Sicherheitsvorschriften für die Angestellten. Bei solchen Regelungen ist unklar, warum Mill meint, dass deren Begründung sich nicht auf das Freiheitsprinzip beziehen kann und muss. (1) Zum einen stellt sich die Frage, warum beispielsweise Gesetze gegen Produktfälschungen (als Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten in Produktion und Handel) nicht als Schutz der Freiheit der Konsumenten gesehen werden sollten. Derartige Gesetze sollen ja unter anderem vermeiden helfen, dass jemandes Entscheidung auf falschen Annahmen beruht und insofern nicht den gewünschten Effekt hat. Wenig später im Text führt Mill das viel diskutierte Brückenbeispiel ein, auf das ich in Abschnitt 6 genauer eingehen werde. An ihm illustriert er seine Auffassung, dass Freiheit darin bestehe, den eigenen Wünschen entsprechend zu handeln. Folglich scheint der Freiheitsschutz der Konsumierenden durchaus als ein Grund für Gesetze gegen Produktfälschungen oder Betrug in Betracht zu kommen. Denn derartige Gesetze helfen den Konsumierenden die Wahl zu treffen, die sie treffen wollen. (2) Mill leitet seine Ausführungen zum Handel in *Über die Freiheit* mit der Bemerkung ein, „Handel ist ein gesellschaftlicher Akt“ (AW III.1, S. 416; CW XVIII, S. 293). Handel und – wie man ergänzen darf – arbeitsteilige Produktion sind soziale Tätigkeiten und unterliegen daher der gesellschaftlichen Regelungsbefugnis. In einer an die Nichteingriffs-Präsumtion gemahnenden Weise bemerkt er, Fragen der Freiheit seien beim Handel insofern berührt, als es, *ceteris paribus*, besser sei, die Menschen ihrem eigenen Urteil folgen zu lassen. Einschränkun-

gen des Handels seien, qua Einschränkung, von Übel (AW III.1, S. 416; CW XVIII, S. 293). Doch beträfen Handelsbeschränkungen „nur den Teil des Verhaltens, den die Gesellschaft einzuschränken berechtigt ist“ (AW III.1, S. 417; CW XVIII, S. 293.). In Verbindung mit der Bemerkung, dass das Freiheitsprinzip für die Frage der Einschränkung des Handels keine Rolle spiele, könnte der Eindruck entstehen, Mill unterscheide zwischen der Privat- sowie der gesellschaftlichen Sphäre einerseits und der wirtschaftlichen Sphäre andererseits: Während die Privatsphäre durch ein absolutes Interventionsverbot und die Interaktion in der gesellschaftlichen Sphäre durch das Schädigungsverbot geschützt sei, darf die wirtschaftliche Sphäre einfachen Gesamt-Nutzenerwägungen gemäß durch Staat und Gesellschaft geregelt werden. Doch dies war weder in den *Prinzipien* noch in *Über die Freiheit* Mills Auffassung. Denn Mill verlangt von Eingriffen generell – auch von denen in wirtschaftliche Zusammenhänge – „absolute Notwendigkeit“ und „besonders starke Gründe“; das Schädigungsverbot präzisiert, welcher Typ von Gründen diese Anforderung erfüllt. Staatliche Regulierungen von Handel und Produktion sind dann erlaubt oder sogar geboten, wenn dies notwendig ist, um die Schädigung von Personen zu verhindern.

Daher fragt sich, was Mill meint, wenn er schreibt, das Prinzip individueller Freiheit habe nichts mit den „meisten Fragen zu tun, die sich in Bezug auf die Grenzen dieser Lehre (der Freihandelslehre, MS) stellen [...]“ (AW III.1, S. 417; CW XVIII, S. 293). Wie bereits erwähnt, ergibt sich eine Reihe wichtiger Argumente für die Nichteingriffs-Präsumtion aus dem jeweiligen Nachweis kontraproduktiver Effekte staatlichen Handelns. Doch obwohl diese Argumente tragende Säulen für die Begründung der Präsumtion darstellen, scheint es aus den genannten Gründen verfehlt, wenn Mill behauptet, das Freiheitsprinzip trüge nicht zu ihrer Stützung bei.

Die Irritation löst sich zu einem gewissen Grade auf, wenn man davon ausgeht, dass Mills Bemerkung, die Freihandelslehre beruhe auf anderen, aber ebenso belastbaren Gründen wie das Prinzip der individuellen Freiheit (AW III.1, S. 416; CW XVIII, S. 293), sich auf die Seite der Händler und Produzenten bezieht und nicht auf die der Nachfragenden. Mill möchte nicht sagen, dass die Begründung von Sicherheits- und Hygienevorschriften keinen Bezug zum Freiheitsgedanken hätte – dies wäre im Rahmen seiner Argumentation wenig plausibel. Sein Punkt scheint vielmehr zu sein, dass solche Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten von Anbietern nicht *deren* Freiheitsrechte verletzen.

Hierfür spricht, dass er seine Aussage Handel sei ein gesellschaftlicher Akt und falle als solcher unter die „Rechtsprechung der Gesellschaft“ (AW III.1, S. 416; CW III, S. 293) mit Blick auf Händler erläutert (AW III.1, S. 416; CW XVIII, S. 293). Mit Blick auf die Käufer stellt Mill dagegen klar, dass die Regulierung des Handels sehr wohl die Freiheitsmaxime berühre. Man kann diese Überlegung

auch auf diejenigen ausdehnen, die im Produktionsprozess oder im Handel durch Hygiene- und Sicherheitsvorschriften geschützt werden sollen. Mill argumentiert hier der Sache nach gegen radikale Laisser-Faire-Positionen, die geltend machen, derartige Regulierungen seien unzulässige Eingriffe in die Vertragsfreiheit der betroffenen Parteien. Da Vertragsschlüsse in die soziale Sphäre gehören, unterliegen sie nach Mill keinem absoluten Interventionsverbot. Die Gesetzgebung hat jedoch von der Nichteingriffs-Präsumtion auszugehen und nur dann Regeln vorzuschreiben, wenn es gilt, die Rechte einer Vertragspartei oder dritter Personen zu schützen – beispielsweise um Vertragsbedingungen zu verbieten, die nur aufgrund von materieller Not oder Unwissenheit akzeptiert werden. In beiden Fällen kommt es zur illegitimen Nutzung von Markmacht, deren Einschränkung Mill im vierten Kapitel von *Über die Freiheit* als legitimen Eingriffsgrund aufführt (AW III.1, S. 396; CW XVIII, S. 279). Mill geht davon aus, dass eine Pflicht besteht, anderen – im Rahmen der gesellschaftlichen Möglichkeiten – faire Bedingung der Kooperation anzubieten, und dass eine Missachtung dieser Pflicht eine verbotene Schädigung darstellt. Anders als für libertäre Positionen, hat für Mill Zustimmung oder das Eingehen eines Vertrags nur normative Autorität, wenn gerechte Rahmenbedingungen vorliegen.⁷ Aus dieser Sicht wären kommerzielle Surrogatschwangerschaften oder Organhandel nur dann akzeptabel, wenn ausgeschlossen werden könnte, dass es sich um „unfair or ungenerous use of advantage“ handelte (s. a. Arneson 1992).

7.5 Vertragsfreiheit und gewerkschaftliche Organisation

Während Mill in *Über die Freiheit* Sicherheits- und Hygienebestimmungen als Beispiele für legitime staatliche Eingriffe anführt, verurteilt er in den *Prinzipien* scharf jene Gesetze, die in Frankreich bis ins Jahr 1864 die Bildung von Gewerkschaften verboten haben (CW III, S. 929). Mills Argumentation lautet, dass die Bildung von Gewerkschaften Ausdruck der Vereinigungsfreiheit ist. So wie der Abschluss von Verträgen gehört die Gründung von Vereinigungen in die soziale Sphäre und unterliegt daher keinem absoluten Interventionsverbot – doch müsste ein Verbot durch die Verletzung individueller Rechte oder anderer hochrangiger Nutzenüberlegungen gerechtfertigt werden. Mill sieht gewerkschaftliche Zielsetzungen wie höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten im Einklang mit

7 Siehe hierzu auch *Die Unterwerfung der Frauen*, AW I, S. 439–560; CW XXI, S. 259–340.

dem öffentlichen Wohl. Anders steht es mit Versuchen vieler Gewerkschaften, Lohndifferenzen zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern oder den Stücklohn abzuschaffen (CW III, S. 933), die er für sozial schädlich hält. Es ist bemerkenswert, dass Mill selbst in einem solchen Fall, in dem er keinen Zweifel an der Schädlichkeit der strikt egalitaristischen Zielsetzung jener Gewerkschaften hat, sich ab der zweiten Auflage der *Prinzipien* gegen ein Verbot ausspricht. Mill weist Eingriffe in die Wirtschaft, wie Schutzzölle, mit einfachen Nutzenüberlegungen zurück – warum wendet er solche Überlegungen nicht auch zur Rechtfertigung eines Vereinigungsverbotes für egalitaristische Gewerkschaften an? Zunächst ist festzuhalten, dass eine Einschränkung der Vereinigungsfreiheit besonders gewichtige Gründe auf ihrer Seite haben müsste. Eine zu erwägende Rechtfertigung wäre, dass jene Gewerkschaften individuelle Rechte verletzen – doch dies scheint weder bei den Mitgliedern der Fall (sofern die Mitgliedschaft auf Freiwilligkeit beruht)⁸ noch bei den Kapitalisten. Mill geht jedoch noch einen Schritt weiter. Er stellt knapp fest, dass ökonomische Experimente – zu denen er jene egalitaristischen Gewerkschaften offenbar zählt – zum Besten der Menschheit seien. Damit scheint gemeint, dass beim jetzigen Wissenstand über die Möglichkeiten menschlicher Motivation nicht auszuschließen ist, dass egalitaristische Präferenzen und intrinsische Arbeitsmotivation so sehr an Stärke gewinnen, dass Mehreinkommen keine zusätzlichen Anreize setzt, mehr oder besser zu arbeiten.⁹ Da er es als eine offene Frage betrachtet, wie ein Leben in einer egalitaristischen Gesellschaft ausfiele und ob es wünschenswert wäre, plädiert Mill – im Einklang mit der Argumentationsweise von *Über die Freiheit* – für die Möglichkeit von „economical experiments“. Während der deliberative Beweislast-Liberalismus im Fall des Protektionismus zu dem Ergebnis führt, dass nicht nur keine starken Gründe für Schutzzölle sprechen, sondern dass sie Schaden anrichten, argumentiert Mill im Fall der egalitaristischen Gewerkschaft, dass sie sich – entgegen der Einschätzung beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung – als wegweisend für den Fortschritt der Menschheit erweisen könnten. Die Gründe für ihr Verbot haben daher nicht das von Mill geforderte Gewicht einer „absoluten Notwendigkeit“. Weder verletzen auf Freiwilligkeit beruhende egalitaristische Gewerkschaften individuelle Rechte; noch lässt sich mit letzter Gewissheit sagen, ob sie auf längere Sicht dem gesamtgesellschaftlichen Wohlergehen abträglich sind.

⁸ Daher sagt Mill: „It is, however, an indispensable condition of tolerating combinations, that they should be voluntarily.“ (CW III, S. 933).

⁹ Siehe hierzu auch seine *Chapters on Socialism*, CW V, S. 703–753.

7.6 Beispiele für legitime Handels- und Produktionsbeschränkungen

Mill erörtert im fünften Kapitel von *Über die Freiheit* eine Reihe von Anwendungsbeispielen seiner Maximen auf die Gewerbefreiheit. Da ist erstens der Handel mit giftigen Substanzen oder – allgemeiner gesprochen – mit Gütern, die sich für kriminelle Zwecke einsetzen lassen oder gefährlich für die Nutzer sein können. Obwohl die Verhütung von Verbrechen und Unfällen zu den *notwendigen* Aufgaben des Staates gehört, sind ihr durch die Freiheit der Individuen auch Grenzen gesetzt. Eine exzessive Verbrechensprävention führt in einen Polizei- und Überwachungsstaat. Daher sind Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen und Güterabwägungen unvermeidlich. Wenn giftige Substanzen niemals einen anderen als verbrecherischen Gebrauch hätten, wäre es nach Mill richtig, ihre Herstellung und ihren Vertrieb zu untersagen (AW III.1, S. 418; CW XVIII, S. 294). Aber es gibt andere Nutzungen, und daher wäre jedes generelle Verbot eben auch eine Freiheitsberaubung und möglicherweise eine Verringerung des Gemeinwohls – etwa wenn aus der Substanz nutzenstiftende Güter gewonnen werden können.

Der staatliche Eingriff soll daher in Fällen einer vielfältigen Nutzbarkeit nicht in einem Handels- und Produktionsverbot bestehen, sondern einerseits in der Kennzeichnung von gefährlichen Produkten um Unfälle zu vermeiden, andererseits in dem Führen eines Handelsregisters, um im Fall kriminellen Missbrauchs die Käufer nachverfolgen zu können (AW III.1, S. 419; CW XVIII, S. 294). Kennzeichnungs- und Aufzeichnungspflicht schreiben Produzenten und Händlern Vorkehrungen vor und stellen Zuwiderhandlungen unter Strafe. Sie stellen insofern autoritatives Staatshandeln dar, weil sie die Anbietenden zwingen, zusätzlichen Aufwand zu betreiben. Ob Kennzeichnungs- und Aufzeichnungspflichten auch aus Sicht der Nachfragenden als autoritatives Staatshandeln wirken, hängt von den Kosten ab. Mill geht davon aus, dass Kostensteigerung wie Verbote wirken können, indem sie diejenigen vom Konsum ausschließen, die nicht in der Lage sind, die Mehrkosten zu tragen (AW III.1, S. 423; CW XVIII, S. 298). Weder die Kennzeichnungs-, noch die Aufzeichnungspflicht dürften aber die Handelskosten, und damit die Kosten der Nachfragenden und deren Freiheit, merklich einschränken.

Ein etwas anderes Bild bietet sich, wenn wir Mills bekanntes Brückenbeispiel, das er im Kontext seiner Diskussion des Handels mit giftigen Substanzen einführt, genauer betrachten (s. a. Feinberg 1986, S. 124–125). Im Exempel ist keine Zeit mehr, eine Person davor zu warnen, über eine unsichere Brücke zu gehen. Daher meint Mill, die Polizei oder irgendjemand sonst dürfe „ihn wohl packen und zurückziehen, ohne dass dies wirklich einen Eingriff in die Freiheit darstel-

len würde.“ (AW III.1, S. 418; CW XVIII, S. 294). Obwohl die Staatsgewalt durch die Ausübung von körperlichem Zwang in den souveränen Herrschaftsbereich des Individuums eingreift, liegt nach Mill keine Verletzung des absoluten Interventionsverbots vor, wenn der Eingriff im Einklang mit den vernünftigerweise anzunehmenden und tatsächlich bestehenden Wünschen ist (AW III.1, S. 418; CW XVIII, S. 294). Im Brückenbeispiel macht Mill zwei Annahmen: Zum einen geht er davon aus, dass das Ereignis ohne den Eingriff nicht nur wahrscheinlich, sondern mit Sicherheit eingetreten wäre; zum anderen nimmt er an, dass die am Handeln gehinderte Person dieses Ereignis als Schaden betrachtet und dessen Eintritt nicht gewünscht hätte. Besteht in beiden Hinsichten keine Gewissheit, so verneint Mill die Berechtigung des Staates, in die Sphäre souveräner Selbstbestimmung einzugreifen. Angewendet auf den Fall des Handels mit giftigen Substanzen ergibt sich aus dem Brückenbeispiels der Schluss, dass die Herstellung oder der Handel mit bestimmten Gütern nur dann verboten werden dürfte, wenn deren Konsum mit höchster Wahrscheinlichkeit unfreiwillig geschähe, beispielsweise weil Nachfrage nur zustande käme, wenn den Kaufenden relevante Wirkungen und Eigenschaften nicht bekannt wären. Nur wenn klar ist, dass die Substanzen in jedem Fall bestimmte Effekte haben; und nur wenn Gewissheit besteht, dass diese Effekte vom Handelnden selbst nicht gewollt würden, darf der Staat den Handel mit diesen für Anbietende und Nachfragende unter Strafe stellen. Ist hingegen die Nutzung eines Gutes lediglich mit Risiken verbunden, so soll der Staat bloß dafür sorgen, dass auf das Bestehen der Risiken hingewiesen wird, so dass die wählende Person eine informierte Entscheidung fällen kann (AW III.1, S. 418; CW XVIII, S. 294). Entsprechende Vorschriften qualifiziert Mill nicht als Freiheitsberaubungen.

Die Befürworter von Verboten, bestimmte Güter und Dienstleistungen nachzufragen, müssten den Beweislastprinzipien gemäß plausibel machen, dass (a) der Konsum des betreffenden Gutes oder der betreffenden Dienstleistung *tatsächlich* unfreiwillig geschähe und dass (b) weder ein weniger intensiver autoritativer Eingriff noch eine nicht-autoritative Maßnahme den angestrebten Zweck der Freiheitsbewahrung erreichen würde. Es ist anzunehmen, dass beide Bedingungen nur in seltenen Fällen erfüllt sind. Denn wenn ein nicht-autoritativer Eingriff – etwa eine von staatlicher Seite geschehende Aufklärung über die Wirkung des Gutes oder der Dienstleistung auf die Nachfragenden – die betreffende Person nicht vom Konsum abhält: Mit welchem Recht ließe sich dann noch behaupten, sie konsumiere unfreiwillig?

Auch wenn eine solche Begründung in vielen Fällen aussichtslos scheint, gibt es doch eine wichtige Klasse von Regulierungen, in denen aufgrund des Suchtpotentials und der Wirkungen eines Gutes anzunehmen ist, dass es nicht freiwillig konsumiert wird. Dies ist in hohem Maße bei bestimmten Drogen, wie

Heroin (Nutt et. al. 2007), der Fall. Suchtpotential haben aber auch Automaten- und andere Glücksspiele oder bestimmte Lebensmittel, so dass auch in diesem Bereich Regulierungen erlaubt oder geboten sein können – und zwar Regulierungen, die darauf gerichtet sind, die potentiellen Suchteffekte mit der am wenigsten intensiven Form staatlichen Eingreifens so zu neutralisieren, dass der verbleibende tatsächliche Konsum im Regelfall auf eine freiwillige Entscheidung des Individuums zurückgeht.

Ein von Mill weniger ausführlich besprochener Regelungsgrund betrifft die Herstellung von Gütern oder Leistungen. Wenn Personen in der Produktion geschädigt werden oder übermäßigen Gefahren ausgesetzt sind, so stellt dies einen Grund für staatliches Eingreifen dar, sofern die Betroffenen der tatsächlichen oder möglichen Schädigung nicht wirksam zugestimmt haben. Zu denken wäre an Vorschriften, die Kinderarbeit verbieten, Arbeitszeit regeln, für Arbeitssicherheit sorgen oder die Ausbringung oder Nutzung schädlicher Substanzen untersagen. Verbote schädigender Produktionsweisen können durch Handelsverbote ergänzt werden. Dies vermag zum einen der besseren Durchsetzung des Schutzzwecks dienen, zum anderen aber notwendig sein, weil die entsprechenden Güter oder Leistungen nicht innerhalb der eigenen Jurisdiktion produziert werden und sich daher entsprechenden nationalen Regelungen entziehen.

Eine mit Blick auf die Debatte über „liberale Neutralität“ interessante Position nimmt Mill ein, wenn er bei der Frage der Besteuerung einen „schwachen Paternalismus“ zulässt. Seine Überlegung ist folgende: Staaten brauchen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Mittel, die sie durch Zwangsabgaben bei der Bevölkerung eintreiben. Wie auch immer der Staat die Zwangsabgaben ausgestaltet, werden sie zu ungleichen Lasten führen.¹⁰ Werden besondere Verbrauchsteuern erhoben, so werden diejenigen belastet, die auf den Konsum nicht verzichten wollen oder können. Besteuert man dagegen den Konsum aller Güter gleich, so haben wegen der Regression die Ärmern an der Steuerlast besonders schwer zu tragen. Für manche wird bereits die geringste Steuer zu einem effektiven Ausschluss vom Konsum führen. Weil Besteuerung in ihren Wirkungen nicht neutral ist, kann der Staat gar nicht umhin, in Erwägung zu ziehen, „auf welche Waren die Konsumenten am ehesten verzichten können“ (AW III.1, S. 423; CW XVIII, S. 298).

10 Dass mit „Neutralität“ nicht eine Eigenschaft staatlichen Handelns gemeint ist, sondern eine Eigenschaft der Rechtfertigung für staatliches Handeln, gehört zu den Standardannahme der Debatte (siehe Sher 1997, S. 23). Nicht-neutrale Rechtfertigungen sind solche, die sich auf Konzeptionen des Guten stützen, hinsichtlich derer vernünftige Meinungsverschiedenheiten bestehen (siehe Larmore 1996, S. 126). Perfektionistische Gründe sind somit nicht *per se* durch den Neutralitätsgedanken ausgeschlossen; entscheidend ist, ob hinsichtlich solcher Gründe vernünftige Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Hierfür bieten sich nach Mill Stimulantien an, weil ihr übermäßiger Konsum für die betreffende Person schädlich sei: „Besteuerung von Genussmitteln ist also bis hin zu dem Punkt, der den höchsten Betrag an Einkünften erbringt (vorausgesetzt, dass der Staat alle Einkünfte benötigt, die diese abwirft), nicht nur zulässig, sondern sogar zu begrüßen.“ (AW III.1, S. 424; CW XVIII, S. 298) Man kann diese Position als „schwachen Paternalismus“ bezeichnen, insofern Mill seinem Vorschlag einerseits Werturteile zugrunde legt, die von den betroffenen Personen nicht unbedingt geteilt werden, andererseits aber offenbar überzeugt ist, dass das Abwägungsergebnis zwischen (a) einer besonderen Belastung der Ärmsten und (b) einer besonderen Belastung der Konsumenten der einschlägigen Genussmittel kein Gegenstand vernünftiger Meinungsverschiedenheiten sein kann. Die Besteuerung ist aus Perspektive der Betroffenen möglicherweise bevormundend, jedoch ohne das Prinzip liberaler Neutralität zu verletzen – dies scheint zumindest Mills Auffassung zu sein.

7.7 „We have a warning example in China“

Bekanntlich hielt Mill – ebenso wie Jeremy Bentham – den Gedanken natürlicher (oder wie er sagt: abstrakter) Rechte, aus denen sich ein starrer Katalog von staatlichen Kompetenzen ergeben würde, für eine leere Phrase; entsprechend unterscheidet sich seine Position klar von naturrechtlichen Begründungen von Minimalstaatlichkeit, wie man sie im zwanzigsten Jahrhundert im Werk von Robert Nozick ausformuliert findet. Mills Rechtfertigung der gesellschaftlichen Freiheit im Allgemeinen und der wirtschaftlichen Freiheit im Besonderen fußt letztlich auf Überlegungen zu den sozio-kulturellen Voraussetzungen menschlicher Entwicklung, den „beständigen Interessen des Menschen als eines entwicklungsfähigen Wesens“ (AW III.1, S. 317–318; CW XVIII, S. 224). In *Über die Freiheit* unterstreicht Mill die Gefahren, die von dem wachsenden Konformitätsdruck in den Gesellschaften Frankreichs und Großbritanniens ausgehen. Dieser neue europäische Konformismus ist nicht oder nicht nur der Konformismus angestammter Gewohnheiten, die keine Abweichung von den eingeübten Mustern erlauben. Er ist vielmehr auch und vor allem das Diktat der Mode und der Anpassung an Neuerungen, die sich aus technologischen oder organisatorischen Entwicklungen ergeben. Die Individuen treffen ihre Entscheidungen nicht auf der Grundlage von wohlerwogenen Gründen oder inneren Tendenzen; sie entscheiden nicht, weil ihnen ein Kleidungsstil gefällt oder sie eine Neuerung für sinnvoll halten, sondern weil man mit der Zeit gehen und sein muss wie die anderen. Der Konformismus der neuen Zeit ist dynamisch und beruht auf der Anpassungsbereitschaft und inneren Leere außengeleiteter Charaktere, um David Riesmans Begriff

zu bemühen. Mill lässt keinen Zweifel daran, dass er einen solchen dynamischen Konformismus für ebenso bedrohlich hält wie einen statischen. Wie schon in seiner 1840 erschienenen zweiten Rezension von Tocquevilles Amerikabuch sieht er in China das Inbild einer zum Stillstand gekommenen Entwicklung des menschlichen Potentials. Und er befürchtet, dass Europa eine neue Art China werden könnte. Bewahrt habe den Kontinent vor diesem Schicksal seine Vielfältigkeit, das Erproben unterschiedlicher Möglichkeiten menschlichen Lebens. Doch würde sich die Tendenz zum Konformismus stetig verstärken (AW III.1, S. 389; CW XVIII, S. 274).

Wie in der Tocqueville-Rezension geht nach *Über die Freiheit* die Vereinheitlichung des Denkens und Lebens von dem aus, was Mill das Regime der öffentlichen Meinung nennt (AW III.1, S. 389; CW XVIII, S. 274). Die öffentliche Meinung gibt gleichsam vor, an was sich das Kollektiv der außengeleiteten Charaktere anzupassen hat.

Es lässt sich hier fragen, ob Mill mit seiner Rede von einer „neuen Art China“ andeuten wollte, dass steigender wirtschaftlicher Wohlstand dauerhaft nur bei gleichzeitiger Individualisierung möglich sei und der kapitalistische Prozess zum Erliegen komme, wenn die Gesellschaft in Konformität erstarre. Die von ihm beschriebenen Lebensformexperimente sind aus ökonomischem Blickwinkel sowohl treibende Kraft für unternehmerische Innovationen als auch mehr oder weniger kreative Antworten auf neue Möglichkeiten des wirtschaftlich-technologischen Fortschritts. Hieraus ergibt sich eine weitere Begründung für die *Lehre*: Die Kontrolle der unternehmerischen Entscheidungen durch die Marktnachfrage stellt im Idealfall sicher, dass die Wirtschaft die materiellen Bedingungen für Lebensformexperimente bereitstellt. Zu einer freien Gesellschaft gehört, dass die Beschaffenheit der Waren- und Güterwelt durch die autonom gebildeten Wünsche und Bedürfnisse der Nachfragenden geprägt ist – und nicht die Menschen in ihrer Rolle als Konsumentinnen und Konsumenten sich an das anpassen haben, was ihnen angeboten wird. Wie gesagt, sah Mill die medial erzeugte öffentliche Meinung als konformitätsstiftende Kraft. Entscheidend für die Pluralität und Diversität der Gesellschaft ist daher die Pluralität und Diversität der Foren autonomer öffentlicher Meinungsbildung. In einer interessanten Passage der zweiten Tocqueville-Rezension anerkennt Mill auf der einen Seite, dass der „kommerzielle Geist“ (CW XVIII, S. 197) einen wesentlichen Beitrag zur Befreiung des menschlichen Potentials geleistet habe – dass aber sein einseitiges Vorherrschen eine Ära der Stagnation oder sogar des Niedergangs einleiten könnte. Letzteres ist häufig als konservativer Topos aufgefasst worden (Brady 1977, xxiii). Fasst man aber die Passagen in *Über die Freiheit* und der zweiten Tocqueville-Rezension zusammen, in denen Mill auf die Möglichkeit verweist, dass Europa eine „neue Art China“ werden könne, so ergibt sich ein anderes Bild. Die Vorherr-

schaft des kommerziellen Geistes erschiene nicht aufgrund eines „Coleridgean conservatism“¹¹ als problematisch, sondern weil die Kontrolle des öffentlichen Lebens durch kommerzielle Interessen Lebensformexperimente erstickt – damit aber auf mittlere Sicht auch die sozio-kulturelle Ressource wirtschaftlicher Entwicklung.

Literatur

Zitierte Werke aus *John Stuart Mill: Ausgewählte Werke (AW)*

- Mill, John Stuart, 1840/2014, „Coleridge“, in: *John Stuart Mill: Ausgewählte Werke Band III.1*, herausgegeben, kommentiert und eingeleitet von Michael Schefczyk & Christoph Schmidt-Petri, Hamburg: Murmann Verlag, S. 173–236.
- Mill, John Stuart, 1859/2014, *Über die Freiheit*, in: *John Stuart Mill: Ausgewählte Werke Band III.1*, herausgegeben, kommentiert und eingeleitet von Michael Schefczyk & Christoph Schmidt-Petri, Hamburg: Murmann Verlag, S. 303–440.
- Mill, John Stuart, 1863/2014, *Utilitarismus*, in: *John Stuart Mill: Ausgewählte Werke Band III.1*, herausgegeben, kommentiert und eingeleitet von Michael Schefczyk & Christoph Schmidt-Petri, Hamburg: Murmann Verlag, S. 441–517.
- Mill, John Stuart, 1869/2012, *Die Unterwerfung der Frauen*, *John Stuart Mill: Ausgewählte Werke Band I*, herausgegeben und eingeleitet von Ulrike Ackermann, Hamburg: Murmann Verlag, S. 439–560.
- Mill, John Stuart, 1873/2013, *Autobiographie*, *John Stuart Mill: Ausgewählte Werke Band II*, herausgegeben und eingeleitet von Hans Jörg Schmidt, Hamburg: Murmann Verlag, S. 25–229.

Weitere zitierte Literatur

- Arneson, Richard J (1992): „Commodification and Commercial Surrogacy“. In: *Philosophy & Public Affairs* 21, Nr. 2, S. 132–164.
- Bain, Alexander (1882): *John Stuart Mill. A criticism with personal recollections*. London: Longman et al.
- Brady, Alexander (1977): „Introduction“. In: Robson, John (Hrsg.): *The Collected Works of John Stuart Mill*, vol. XVIII. Toronto: Toronto UP, S. ix–lxx.

11 Mill hatte dem konservativen Philosophen und Schriftsteller Samuel Taylor Coleridge im Jahre 1840 einen ausführlichen Aufsatz gewidmet, in dem er versuchte, dessen für die politisch Progressiven wertvolle Einsichten herauszuarbeiten (s. AW III.1, 173–236; CW X, S. 117–163). Bei seinen politischen Weggefährten führte die Arbeit zu Irritationen, weil der Eindruck entstand, Mill wende sich dem Konservatismus zu. Siehe hierzu auch: AW II, 167.

- Cockett, Richard (1994): *Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution, 1931–1983*. London: Fontana Press.
- Feinberg, Joel (1986): *Harm to Self. The Moral Limits of the Criminal Law Vol. III*. Oxford: Oxford University Press.
- Friedman, Milton (1962/1982): *Capitalism and Freedom. With the Assistance of Rose D. Friedman*. Chicago & London: University of Chicago Press.
- Habermas, Jürgen (2008): „Nach dem Bankrott“, Interview mit Thomas Assheuer. In: *Die Zeit* 46 (06.11.2008).
- Hayek, Friedrich (1960/1978): *The Constitution of Liberty*. Chicago & London: University of Chicago Press.
- Humboldt, Wilhelm von (1851/1967): *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen*, geschrieben 1792. Stuttgart: Reclam.
- Nozick, Robert (1974/1999): *Anarchy, State, and Utopia*. Oxford: Blackwell.
- Nutt, David/Leslie King/William Saulsbury/Colin Blakemore (2007): „Development of a rational scale to assess the harm of drugs of potential misuse“. In: *The Lancet* 369 (issue 9566), S. 1047–1053.
- Ricardo, David, (1817/1951): *On the Principles of Political Economy and Taxation*. In: Sraffa, Piero with the Collaboration of M. H. Dobb: *The Works and Correspondence of David Ricardo Vol. 1*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosen, Frederick (2013): *Mill. Founders of Modern Political Thought* (Series Editor Mark Philp). Oxford: Oxford University Press.
- Schofield, Philip (2006): *Utility & Democracy. The Political Thought of Jeremy Bentham*. Oxford: Oxford University Press.
- Sher, George (1997): *Beyond Neutrality. Perfectionism and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stephen, Leslie (1900): *The English Utilitarians III: John Stuart Mill*. Reprint of ed. London. Bristol [u. a.]: Thoemmes [u. a.].
- Streeck, Wolfgang (2013) *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus (Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012)*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Thaler, Richard & Cass R. Sunstein, (2008): *Nudge. Improving Decisions About Health, Wealth and Happiness*. London: Penguin Books.
- Tocqueville, Alexis de (1835/2000): *Democracy in America*, translated, edited, and with an introduction by Harvey C. Mansfield and Delba Winthro., Chicago & London: University of Chicago Press.

